

## Mit Zivilcourage gegen Rassismus

Sie hetzen wieder, die Rassisten und guten Patrioten. Ende April landete im Briefkasten der GBI Zürich eine anonyme Hetzschrift. Ein «Bürgerforum Schweiz» ruft darin un-verhohlen zur Lynchjustiz gegen jugoslawische und kosovo-albanische MitbewohnerInnen auf. «Ab sofort ist Schluss mit humaner «Gastfreundschaft», heisst es da. Und: «Einbrechern und Schlafzimmerräubern werden beide Hände sowie der Penis abgeschnitten. Vergewaltiger und sonstige Schwerverbrecher werden mit zwei Schüssen in den Hinterkopf und einem Schuss in den Unterlaib niedergeschossen.»



Roland Brunner

Solche rassistische und menschenverachtende Äusserungen wären nicht denkbar ohne eine Politik von rechts, die den Rassismus politik- und salonfähig macht. Besondere Verantwortung trägt die SVP, die mit populistischen Kampagnen den Boden für rechtsextremes Gedankengut vorbereitet – zum Beispiel mit ihrer Referendumskampagne gegen das «Kontaktnetz für kosovo-albanische Familien» in der Stadt Zürich.

Rassismus ist die Konsequenz fremdenfeindlicher Politik und fehlender Integrationsmöglichkeiten in der Schweiz. Reale Probleme werden auf Sündenböcke abgewälzt und diese zu Freiwild erklärt. Die Gesellschaft als Ganzes, vor allem aber ihre zivilgesellschaftlichen Strukturen, müssen den in die Schweiz geflüchteten Menschen eine Chance bieten, sich hier zu integrieren. Die GBI bietet Strukturen an, in denen sich ausländische MitbewohnerInnen mit den Gewohnheiten in der Schweiz, mit ihrem sozialen und politischen System, mit ihrer Verfassung und ihren Gesetzen vertraut machen können. Vor allem aber bietet sie Möglichkeiten, sich als Menschen kennenzulernen, voneinander zu lernen und miteinander die Probleme dort anzugehen, wo sie entstehen: bei Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, menschlicher Entwurzelung und Heimatlosigkeit.

Es ist höchste Zeit, dass sich alle bürgerlichen Parteien klar vom Inhalt dieser Hetzschrift distanzieren. Auch die SVP sollte sich endlich klar gegen solche rassistische Taten aussprechen und politisch verantwortungsvoll handeln – oder aber offen die Verantwortung für den Rechtsextremismus in der Schweiz übernehmen.

Von uns als Gewerkschaft erwarte ich, dass wir uns konsequent auch für Menschen und Mitglieder einsetzen, die in der Schweiz nicht stimm- und wahlberechtigt sind. Wir müssen den Rassismus – und die Rassisten – bekämpfen, wo immer wir sie treffen: in der Politik, aber auch am Stammtisch.

Roland Brunner ist Sekretär der GBI-Gruppe Technische Angestellte in Zürich